

## **Antrag**

**der Abgeordneten Kay Gottschalk, Hauke Finger, Jörn König, Andreas Mayer, Iris Nieland, Marcel Queckemeyer, Christian Reck, Diana Zimmer, Alexander Arpaschi, Dr. Christina Baum, Carsten Becker, Joachim Bloch, Dr. Michael Blos, René Bochmann, Erhard Brucker, Thomas Dietz, Tobias Ebenberger, Micha Fehre, Boris Gamanov, Alexis L. Giersch, Rainer Groß, Dr. Ingo Hahn, Mirco Hanker, Udo Theodor Hemmelgarn, Olaf Hilmer, Steffen Janich, Rocco Kever, Kurt Kleinschmidt, Heinrich Koch, Dr. Maximilian Krah, Sergej Minich, Reinhard Mixl, Arne Raue, Dr. Rainer Rothfuß, Dr. Paul Schmidt, Georg Schroeter, Bernd Schuhmann, Sven Wendorf, Dr. Daniel Zerbin, Kay-Uwe Ziegler, Jörg Zirwes, Ulrich von Zons und der Fraktion der AfD**

### **Von der Einführung einer Übergewinnsteuer absehen – Den hohen Kraftstoffpreisen durch gezielte Maßnahmen begegnen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Laut Presseberichten forderte Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) am 04.04.2026 zusammen mit den Wirtschafts- und Finanzministern aus Österreich, Italien, Portugal und Spanien in einem Brief die EU-Kommission auf, ein Instrument für „eine Sondersteuer auf überhöhte Krisengewinne von Energiekonzernen“ vorzulegen.<sup>1</sup> Darüber hinaus forderte er einen Preisdeckel für Benzin und Diesel sowie eine Aussetzung der Energiesteuer.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) lehnte diese Vorschläge jedoch am 10.04.2026 ab und griff stattdessen den langjährigen AfD-Vorschlag auf<sup>2</sup>, die Pendlerpauschale zu erhöhen.<sup>3</sup> Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) war

<sup>1</sup> ZDF Heute, 04.04.2026, Übergewinnsteuer: Klingbeil drängt EU-Kommission zur Prüfung; <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/klingbeil-spritpreise-uebergewinnsteuer-oelkonzerne-eu-kommission-100.html>

<sup>2</sup> Bundestag.de, 23.10.2025, Finanzen - Antrag - hib 543/2025, AfD will Pendlerpauschale für Autofahrer erhöhen; <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1117548>; Bund der Steuerzahler, 24.10.2026, Pendlerpauschale für Autofahrer: AfD für rückwirkende Erhöhung; <https://www.steuerzahler.de/bayern/newsticker-archiv/newsticker/news/pendlerpauschale-fuer-autofahrer-afd-fuer-rueckwirkende-erhoehung/?L=0&cHash=ac48b7e5338fb83ae13e6a40b4277286>; Bundestag.de, 17.11.2026, Antrag fordert höhere Pendlerpauschale; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw46-de-pendler-entlasten-977844>

<sup>3</sup> Bayerischer Rundfunk, 10.04.2026, Koalitionsstreit um Spritpreisentlastungen: Reiche greift SPD an; <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/koalitionsstreit-um-spritpreisentlastungen-reiche-greift-spd-an,VGOGJUL>;



Laut ARD ist „[e]ine Übergewinnsteuer [...] eine temporäre Sondersteuer. Sie hat das Ziel, außergewöhnlich hohe Zufallsgewinne von Konzernen abzuschöpfen, die extrem über dem "normalen Gewinn" liegen. Die Idee dahinter: Unternehmen sollen nicht nur deshalb sehr viel mehr verdienen, weil Krieg, Knappheit oder Marktverwerfungen die Preise nach oben treiben. In der aktuellen Diskussion geht es vor allem um die Gewinne, die Mineralölkonzerne derzeit aufgrund der gestiegenen Preise an Tankstellen machen.“<sup>13</sup>

Doch es ist gerade der deutsche Staat, der kräftig an steigenden Kraftstoff-Erzeugerpreisen verdient, denn fast 60 Prozent der Kraftstoffpreise bestehen nur aus Steuern und Abgaben (Energiesteuer, CO-Abgabe, 19 % Mehrwertsteuer).<sup>14</sup> Die Gewinnmargen der Mineralölkonzern verblassen dagegen.

Übergewinne lassen sich außerdem nur schwer sauber definieren und berechnen. Dies führt zu Rechtsunsicherheit, Umgehungsstrategien und bürokratischen Mehraufwand. Der Öl- und Gassektor ist darüber hinaus sehr kapitalintensiv und preisvolatil. Übergewinnsteuern würden daher das Risiko-Profil verzerren und zu geringeren Investitionen führen. Infolgedessen entstünde mittelfristig ein knapperes Angebot und entsprechend eine höhere Importabhängigkeit und Preissensibilität.<sup>15</sup>

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. von den Plänen zur Einführung einer (nationalen oder sektorspezifischen) Übergewinnsteuer für Öl- und Gasunternehmen abzusehen;
2. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass kein Instrument für eine Sondersteuer auf überhöhte Krisengewinne von Energiekonzernen vorgelegt wird.

Berlin, den 14. April 2026

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

---

zeitung.de/news/hormus-krise-eskaliert-scheitern-der-iran-gespraechе-treibt-oelpreise-ueber-140-us-dollar-li.10029887; AfDBundestag.de, 22.11.2023, Kay Gottschalk: Stabilitätsorientierte Politik notwendig, um in Krisensituationen Handlungsspielraum zu bewahren; <https://afdbundestag.de/kay-gottschalk-stabilitaetsorientierte-politik-notwendig-um-in-krisensituationen-handlungsspielraum-zu-bewahren/>

<sup>13</sup> Tagesschau.de, 11.04.2026, Energiepreis-Krise Wie eine Übergewinnsteuer funktionieren würde; <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/uebergewinnsteuer-mineraloelkonzerne-spritpreise-faq-100.html>

<sup>14</sup> ADAC, 09.04.2026, Benzinpreis und Dieselpreis: So entstehen die Spritpreise aktuell; <https://www.adac.de/verkehr/tanken-kraftstoff-antrieb/tipps-zum-tanken/7-fragen-zum-benzinpreis/>

<sup>15</sup> IFO Standpunkte, 23. Juni 2022, Acht Gründe, warum eine Übergewinnsteuer keine gute Idee ist; [https://www.ifo.de/DocDL/ifo\\_Standpunkt\\_2022\\_237\\_uebergewinnsteuer.pdf](https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Standpunkt_2022_237_uebergewinnsteuer.pdf)